

# Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2015

## 20. Oktober 2014

**Landrat Helmut Riegger**

- *Es gilt das gesprochene Wort* -

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

jedes Jahr im Herbst stelle ich Ihnen an dieser Stelle den Haushaltsplan für das nächste Jahr vor. Das Zahlenwerk ist die Planungsgrundlage für unseren Landkreis und damit die Basis für Ihr und unser Wirken.

Wer aber nun erwartet, angesichts der guten Konjunkturlage und der allenthalben reichlich fließenden Steuereinnahmen sei die Zeit gekommen, Geschenke in Hülle und Fülle zu verteilen, irrt gewaltig.

Ich halte es da eher mit dem Leitspruch des ehemaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel, der sagt:

„Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit.“

Wie aber sieht diese Wirklichkeit in diesen Oktober-Tagen aus?

Fakt ist: Auf der Haben-Seite registrieren wir eine nach wie vor gute Konjunkturlage, auch wenn der Aufschwung in den vergangenen Tagen deutlich nachgelassen hat. Ich erinnere da nur an den stetig sinkenden Dax an den deutschen Börsen. Dennoch haben Bund, Länder und Gemeinden noch nie so viele Steuern eingenommen wie in diesem Jahr. Im Landkreis Calw ist die Steuerkraftsumme der Gemeinden auf die Rekordhöhe von 173 Mio. € gestiegen.

Zu diesem erfreulichen Trend passt, dass die Arbeitslosigkeit einen Tiefststand erreicht hat. Doch wir sollten uns nicht täuschen lassen. Der Schuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden beträgt dennoch über 2 Billionen €, das ist eine zwei mit zwölf Nullen! Mir fällt es schwer, sich das vorzustellen. Und in sechs Jahren greift die im Grundgesetz vorgeschriebene Schuldenbremse. Dann sind neue Schulden tabu.

Dabei brauchen wir als öffentliche Hand eher mehr als weniger Geld - allein schon für Instandhaltungsmaßnahmen der öffentlichen Infrastruktur. Sie werden mir Recht geben, dass der Sanierungsstau bei Straßen und Schienen nach wie vor groß ist.

Auch die Krankenhausfinanzierung ist ein Sanierungsfall, weil Bund und Länder ihren gesetzlichen Verpflichtungen seit Jahren nicht nachkommen.

Und wenn wir über unseren Kreis, besser noch über die Landesgrenzen hinausschauen, muss man nachdenklich werden. Die Krisenherde in Europa, aber vor allem die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten können uns nicht unberührt lassen. Und vor allem: Wir dürfen nicht wegschauen, sondern müssen akzeptieren, dass der Zustrom an Flüchtlingen, gerade aus Syrien, wohl noch länger anhalten wird. Diese Welle an Not, die schon bei uns gelandet ist und die so schnell auch nicht abebben wird, stellt uns vor neue, große Herausforderungen. Natürlich ist das in erster Linie eine Bundesaufgabe. Deshalb fordern wir vollen

Ersatz der tatsächlichen Kosten für die Unterbringung. Und für die medizinische Versorgung muss das Land in voller Höhe aufkommen. Aber auch wir im Landkreis Calw sind gefordert. Uns geht es immer noch so gut, dass wir das Schicksal dieser Menschen nicht einfach ignorieren können.

Ich danke deshalb an dieser Stelle allen Ehrenamtlichen, Freiwilligen, aber auch den Mitarbeitern des Landratsamtes, die sich bereits in den vergangenen Monaten mit großem Einsatz der Flüchtlingsproblematik gewidmet haben. Und ich danke den Kommunen, die sich bereit erklärt haben, diese Menschen aufzunehmen. Sie alle leisten mit ihrem Engagement einen wichtigen Beitrag, damit Integration nicht nur ein Schlagwort ist, sondern gelebt wird.

Dieses Thema wird uns, da bin ich mir ganz sicher, noch länger erhalten bleiben. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die größten Investitionen in der nahen Zukunft nicht in die Schulen, Straßen oder in die Hermann Hesse Bahn fließen werden, sondern in die Unterbringung von Flüchtlingen.

Es kann nicht sein, dass wir dringende kommunale Aufgaben vernachlässigen müssen, um die Flüchtlingshilfe zu finanzieren. Das ist für uns alle eine sehr schwierige Gradwanderung.

Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen wir den Haushalt für das Jahr 2015 planen. Das ist die Wirklichkeit, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Bevor ich Ihnen aber die Eckpunkte des neuen Etats vorlegen und erläutern werde, möchte ich noch kurz einen Blick zurück werfen.

Denn auch in diesem Jahr haben wir wichtige Meilensteine für eine positive Kreisentwicklung gesetzt:

- Im Mai hat Verkehrsminister Hermann die Landesförderung für die **Hermann Hesse Bahn** zugesagt. Gemeinsam mit den Anrainerkommunen haben wir ein Finanzierungskonzept erstellt. Die Bauplanungen laufen auf Hochtouren.

Die Ergebnisse des Stresstests erwarten wir in den nächsten Wochen.

Seit kurzem sehen wir bei der Antriebsart klarer. Verkehrsminister Hermann hat auf der Bahnmesse in Berlin eine Absichtserklärung unterzeichnet, wonach Baden-Württemberg zehn Brennstoffzellenschienenfahrzeuge erhalten wird. Für den Kreis Calw ist das eine ernsthafte Option, die es zu prüfen gilt.

Nach einer Übergangszeit von drei Jahren mit modernen Leasing-Dieselfahrzeugen – die gleichen, wie sie auf der Nagoldtalbahn fahren -, werden wir in wenigen Jahren die modernste und ökologisch zukunftsfähige Antriebstechnik bei unserer Hermann Hesse Bahn haben.

- Zu Beginn des neuen Schuljahres haben wir die **Erweiterung des Kreisberufsschulzentrums Nagold** eingeweiht. Damit wurde das derzeit größte Hochbauvorhaben im Landkreis mit 1,6 Mio. € erfolgreich abgeschlossen.
- Auch bei den **Kreiskliniken Calw und Nagold** sind wir einen großen Schritt weiter. Wir werden im November die Ergebnisse der Umsetzungsplanung des Szenarios 3 plus vorstellen.

Es zeichnet sich ab, dass das Szenario 3 plus eins zu eins umgesetzt werden kann. Die Zielplanung für das Krankenhaus Nagold (254 Betten) sieht Investitionen von rd. 33 Mio.

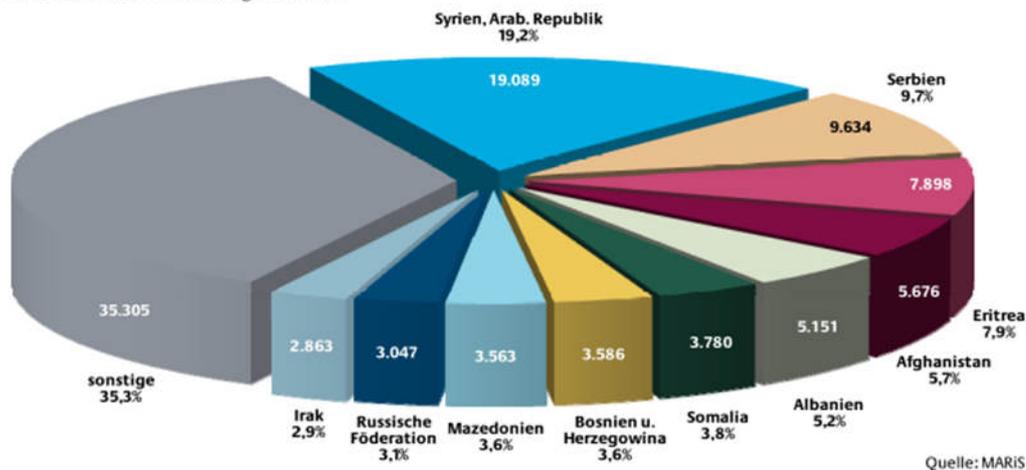
€ vor. Der Krankenhausneubau in Calw mit 120 Betten wird im Kostenrahmen von rd. 30 Mio. € bleiben. Mit der Realisierung des Szenarios 3 plus ist die ambulante und stationäre Krankenhausversorgung im Landkreis Calw für viele Jahre auf modernstem Stand sichergestellt.

Für den Landkreis ergibt sich noch eine weitere großartige Chance. Direkt neben dem Krankenhausneubau in Calw plant ein privater Träger eine Rehabilitationsklinik (ca. 150 Betten). Dieser **Gesundheitscampus Calw mit einem interdisziplinären Zentrum für Altersmedizin** wäre das innovative und ganzheitliche Zentrum für Prävention, Akutversorgung, Rehabilitation und Seelische Gesundheit in Baden-Württemberg.

- Womit wir wieder in der Aktualität wären. Wer hätte vor einem Jahr vorhergesehen, dass die größten Investitionen im nächsten Jahr im Landkreis für die **Unterbringung von Flüchtlingen** erforderlich sind? Die weltpolitische Lage hat sich dramatisch verschlechtert, die Fernsehbilder erschrecken uns alle. Aus dem mittleren Osten werden unvorstellbare Gräueltaten gemeldet. Zwischen Januar und August wurden fast 100.000 Erstanträge auf Asyl in Deutschland gestellt, davon alleine über 15.000 im Monat August. Das sind im Vergleich zum Vorjahr 37 % mehr Erstanträge.

### Hauptherkunftsländer im Zeitraum 01.01. bis 31.08.2014

Gesamtzahl der Erstanträge: 99.592



Deutschland ist aus vielerlei Gründen verpflichtet, Menschen, die aus ihrem Heimatland flüchten müssen, aufzunehmen. Die Schicksale der Flüchtlinge, die ich selbst bei einem Besuch in Bad Wildbad und Nagold gehört habe, machen betroffen. Die Menschen haben schlimme und für uns unvorstellbare Dinge durchgemacht und sind häufig traumatisiert.

Wir müssen diesen Menschen Arbeit ermöglichen. Nach geltendem Recht dürfen Kommunen, Kirchengemeinden und sonstige gemeinnützige Organisationen Asylbewerber für gemeinnützige Arbeiten, die keine reguläre Arbeitsstelle ersetzen, für bis zu 100 Stunden pro Monat einsetzen. Der Lohn von 105 € bekommt der Asylbewerber, er wird nicht auf die sonstigen Transferleistungen angerechnet. Deshalb möchte ich an die Städte/Gemeinden, die Kirchen und Organisationen appellieren, Asylbewerbern eine gemeinnützige Tätigkeit anzubieten.

Mein Appell geht aber auch an den Bund und die Landesregierung: Wir als Landkreis brauchen dringend mehr Geld für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge. Auch wenn es unsere menschliche und moralische Pflicht ist, den Menschen zu helfen, so

muss dennoch klar sein: Es handelt sich zweifelsfrei nicht um eine kommunale Aufgabe, die wir hier erfüllen müssen. Deshalb müssen Bund und Land auch die tatsächlich entstehenden Kosten tragen. Ich will an dieser Stelle nur kurz an die letzte große Flüchtlingswelle Anfang der neunziger Jahre erinnern: Damals haben die Landkreise mit dem Land die tatsächlichen Kosten für die Flüchtlingsunterbringung abgerechnet. Warum soll das jetzt nicht auch wieder gehen?

- Bei all diesen Aufgaben und der aktuellen Entwicklung dürfen wir unsere kommunalen Aufgaben nicht vernachlässigen und z.B. die **Prognosstudie** nicht aus den Augen verlieren. Wir müssen weiter konsequent daran arbeiten, dass unser Landkreis auch für die Zukunft gut aufgestellt ist.

Deshalb müssen wir weitermachen in unseren Bemühungen  
**für** eine bessere Verkehrsinfrastruktur - mit der Hermann Hesse Bahn und der Verbesserung unseres Straßennetzes,  
**für** einen zukunftsweisenden und bedarfsorientierteren ÖPNV im ländlichen Raum,  
**für** eine bessere Breitband- und Mobilfunkversorgung,  
**für** gut ausgestattete und wettbewerbsfähige beruflichen Schulen,  
**für** einen weiteren Schritt nach vorne im Bereich der Tourismuswirtschaft und auch  
**für** einen weithin sichtbaren Landkreis mit einem ebenso modernen wie selbstbewussten Profil, der auch für junge Menschen attraktiv ist!

Ich sage dies bewusst, weil ich zuweilen den Eindruck habe, dass dies noch nicht bei allen angekommen ist: Auch wenn unser schöner Landkreis im Schatten des übermächtigen Ballungsraums Stuttgart liegt, brauchen wir uns nicht zu verstecken. Vor allem dürfen wir uns nicht in die Rolle des Zuschauers begeben, weil Dinge vermeintlich nicht durchsetzbar oder finanzierbar sind.

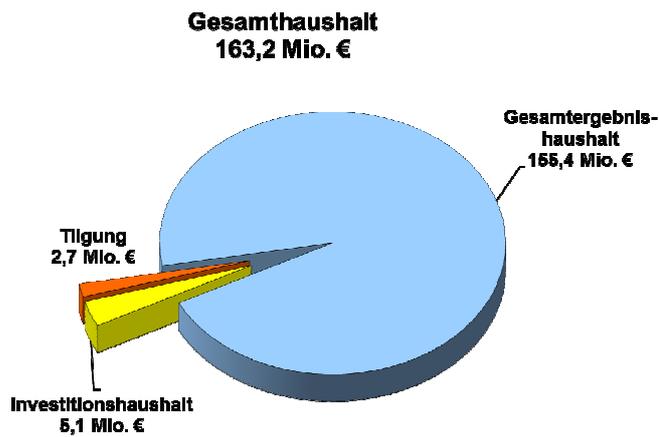
Meine Damen und Herren, dies wäre der falsche Denkansatz. Wenn wir unsere drängenden Aufgaben wie die Verwirklichung der Hesse-Bahn aufgeben würden, weil es in der Region Stuttgart noch immer Widerstände gibt oder Bedenkenträger uns dieses Schienenprojekt madig machen wollen, dann würde der gesamte Landkreis Calw verlieren und unser jahrelanger, gemeinsamer Einsatz wäre vergebliche Mühe gewesen. Nein, meine Damen und Herren, an dieser Stelle sei klar gesagt: Wir arbeiten an unserer Zukunft und lassen uns von diesem Kurs nicht abbringen. Schon der chinesische Philosoph Konfuzius sagte: „Wer nicht an die Zukunft denkt, wird bald Sorgen haben“. Ich bin mehr denn je überzeugt, dass Stillstand Rückschritt bedeutet. Die Wettbewerbsfähigkeit des Landkreises zu erhalten, ist deshalb **die** Zukunftsaufgabe des Kreistages schlechthin.

Daher: Lassen Sie sich nicht zurückschrecken vor großen Aufgaben und hohen Zahlen. Bange machen gilt nicht. Lassen Sie uns vielmehr weiter gemeinsam voran gehen und unseren schönen Landkreis gemeinsam und nachhaltig entwickeln! Am Anfang steht der Mut – am Ende der Erfolg!

## **Haushaltsplanentwurf 2015.**

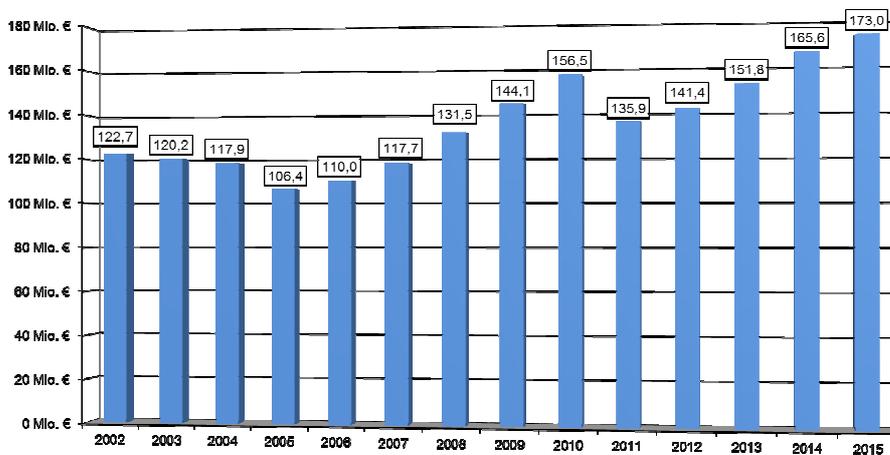
Der Gesamthaushalt hat ein Volumen von 163,2 Mio. € (Vorjahr 156,2 Mio. €)

- Gesamtergebnishaushalt 155,4 Mio. € (+8,8 Mio. €)
- Investitionshaushalt (Gesamtfinanzhaushalt) 5,1 Mio. €
- Tilgung von Darlehen 2,7 Mio. €.



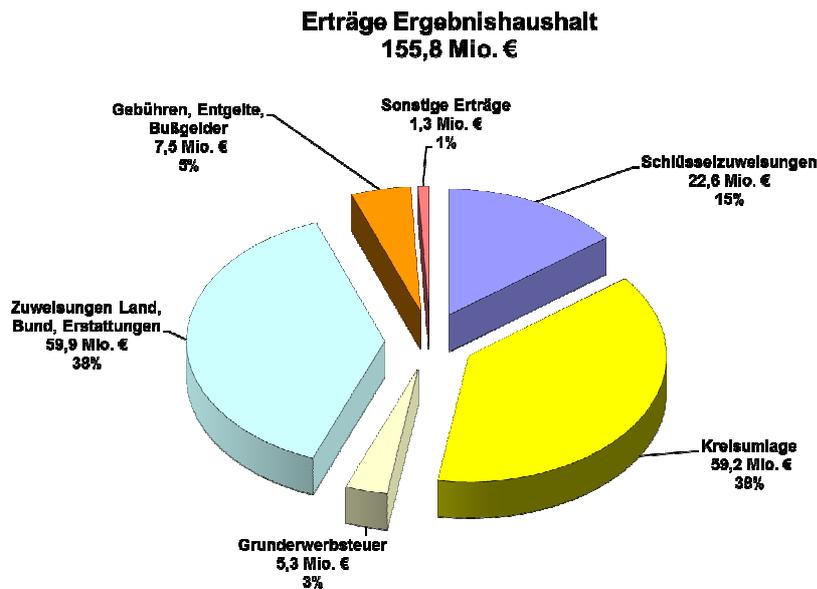
Aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage hat die Steuerkraftsumme von 2012 auf 2013 um 7,45 Mio. € auf 173 Mio. € zugenommen. Die Schlüsselzuweisungen steigen um 460.000 €, gleichzeitig aber auch die FAG-Umlage um 675.000 €.

#### Entwicklung der Steuerkraftsummen:



#### Gesamtergebnishaushalt 2015

Die Erträge steigen um 8,7 Mio. € auf 155,8 Mio. €.



53% oder 82,5 Mio. € der Gesamterträge sind Zuweisungen und Erstattungen von Bund und Land. Gleich danach: die Kreisumlage mit 59,2 Mio. € (38%).

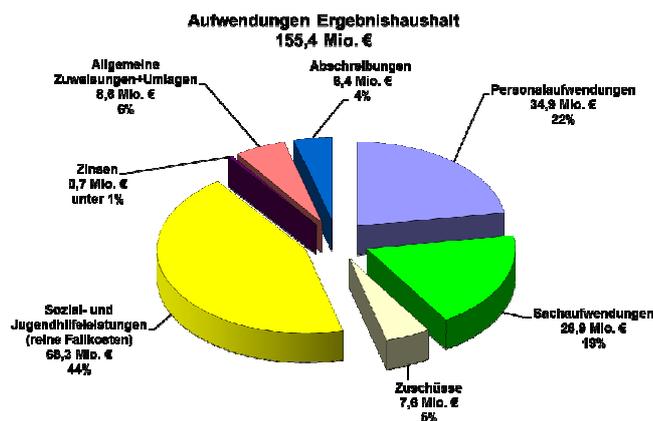
Die Grunderwerbsteuer erreicht mit 5,3 Mio. € das Planungsniveau von 2014.

Woher kommen die höheren Erträge von 8,7 Mio. € im Vergleich zu 2014? U.a.

- 4,5 Mio. € höhere Kreisumlage
- 2,6 Mio. € höhere Transfererträge, Kostenerstattungen und Umlagen

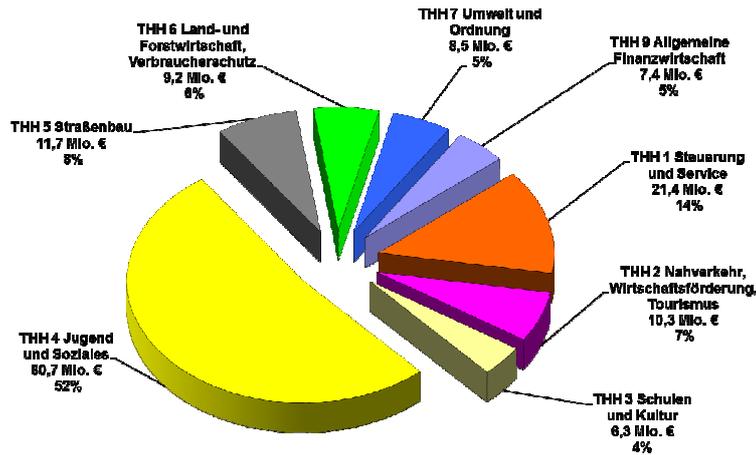
### Aufwendungen Gesamtergebnishaushalt 2015

Die Aufwendungen steigen gegenüber 2014 um 8,8 Mio. € auf 155,4 Mio. €.



Die Gesamtaufwendungen betragen 155,4 Mio. €. Die größten Posten sind dabei die Transferleistungen im Jugend- und Sozialhilfebereich einschließlich der Grundsicherung und Hilfen für Flüchtlinge mit insgesamt 68,3 Mio. €, gefolgt von den Personalaufwendungen mit 34,9 Mio. € und den Sachaufwendungen von 28,9 Mio. €.

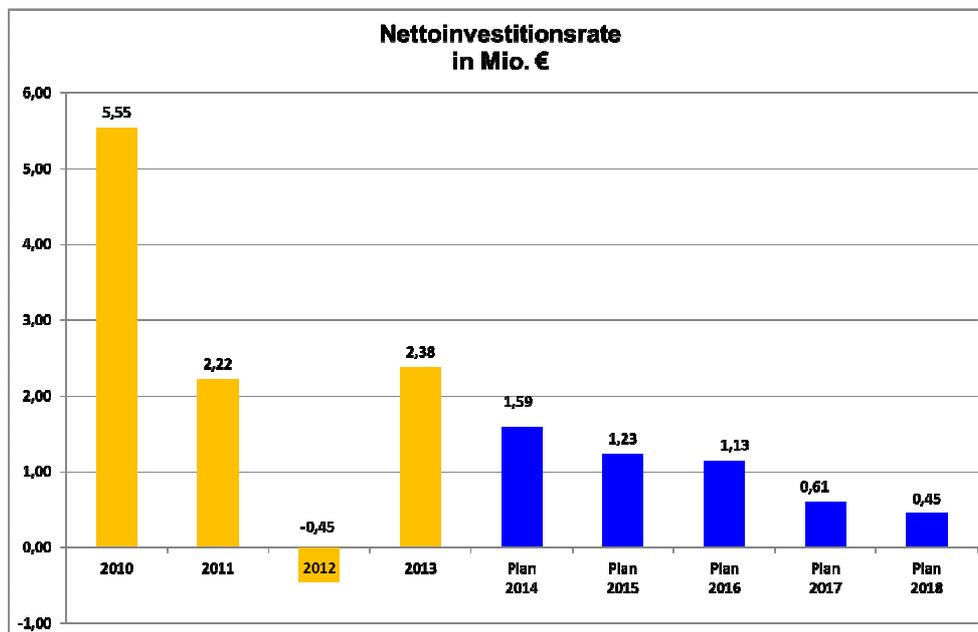
Interessant ist auch die Darstellung der Aufwendungen nach Teilhaushalten.



Von den ordentlichen Aufwendungen mit insgesamt 155,4 Mio. € sind alleine 80,7 Mio. € für Jugend und Soziales im Teilhaushalt 4 veranschlagt. Der Zuschussbedarf im Teilhaushalt 4 beträgt 59,6 Mio. €. Zum Vergleich: die Kreisumlage beträgt 59,2 Mio. € und reicht damit nicht aus, um die Sozialausgaben zu decken.

Der Gesamtergebnishaushalt schließt mit einem positiven ordentlichen Ergebnis von 393.803 € ab. Das gesetzlich vorgeschriebene Minimum wird also gerade so erreicht. Zuzüglich der Abschreibungen ergibt sich ein Zahlungsmittelüberschuss im Finanzhaushalt von 3,9 Mio. €.

Zieht man vom Zahlungsmittelüberschuss die Tilgung von Darlehen ab, kommt man zur sog. Nettoinvestitionsrate, also zur Eigenfinanzierungskraft des Landkreises für Investitionen. 2015 sind das dann gerade einmal 1,2 Mio. €!



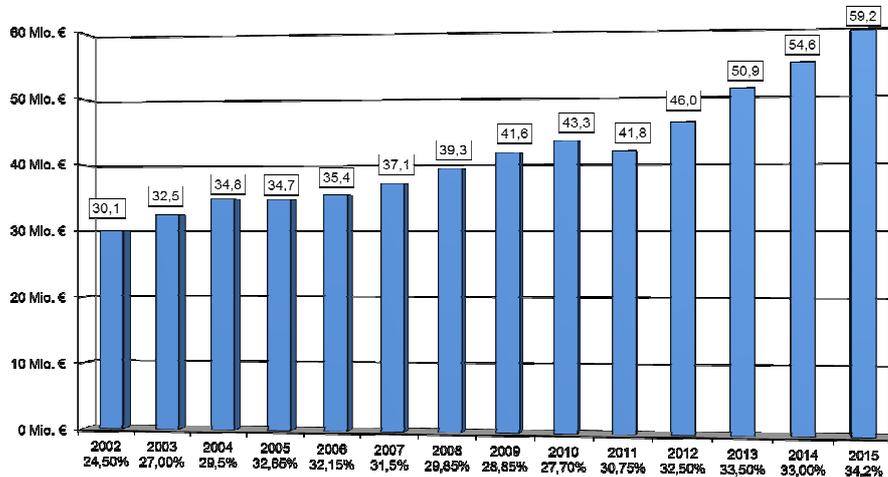
## Kreisumlage

Das zentrale Thema bei den Beratungen des Haushalts ist natürlich die Höhe der Kreisumlage. Sie betrifft alle Städte und Gemeinden im Landkreis. Sie können versichert sein, dass wir uns

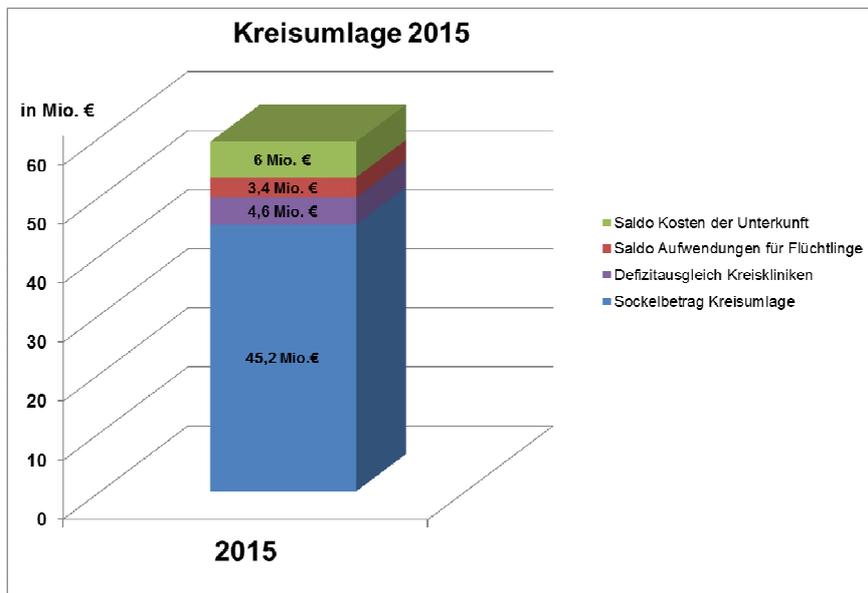
jedes Jahr intensive Gedanken machen, die Belastungen für die Städte und Gemeinden auf das wirklich Notwendige zu beschränken.

In diesem Jahr beträgt die Kreisumlage 54,6 Mio. € bei einem Hebesatz von 33,0%.

### Entwicklung der Kreisumlage:



Für 2015 ergibt sich folgendes Bild: Der Teilhaushalt 4 Jugend und Soziales verzeichnet im Saldo einen Mehraufwand von 4,4 Mo. € gegenüber 2014, davon sind alleine für die Flüchtlingsunterbringung (nach Abzug der Erstattungen) 3,4 Mio. € erforderlich. Für die Übernahme des voraussichtlichen Verlustes 2014 der Kreiskliniken Calw und Nagold sind 4,6 Mio. € eingeplant.



Die laufenden Kosten für die Flüchtlingsunterbringung ohne Investitionen, deren Kosten das Land oder der Bund tragen müsste, schlägt mit 2,0 Kreisumlagepunkten zu Buche, der Verlustausgleich für die Kreiskliniken macht 2,7 Kreisumlagepunkte aus.

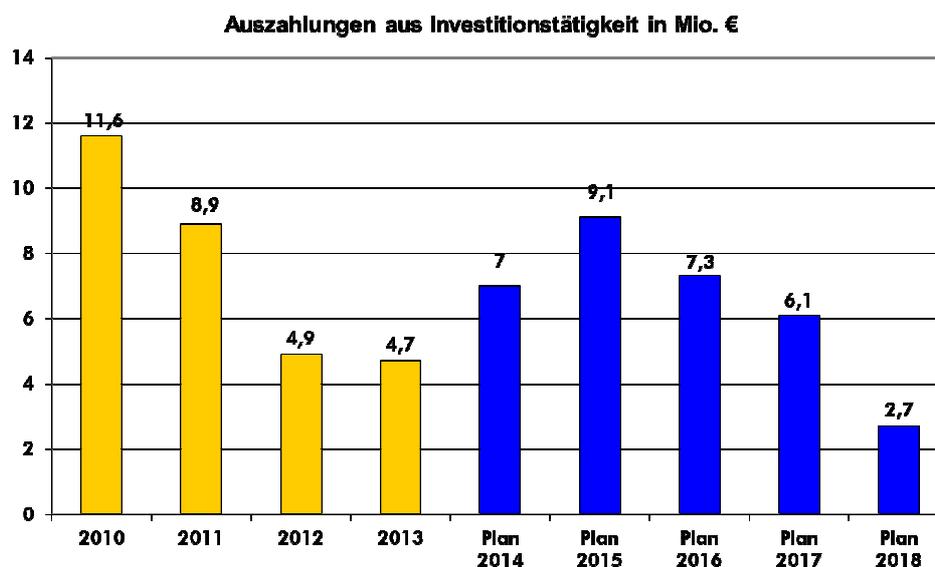
Ohne diese Sondereffekte hätten wir 4,7 Punkte weniger Kreisumlage und die Kreisumlage damit deutlich senken können. Die Aufwendungen für den Verlustausgleich Kreiskliniken, die Flüchtlingsunterbringung und die Sozial- und Jugendhilfe stellen deshalb unsere größten Probleme im Haushalt 2015 dar.

Die Wirklichkeit erfordert es jedoch, die Kreisumlage trotz gesteigerter Steuerkraftsumme der Gemeinden von 33,0% auf 34,2% anzuheben. Dieser Vorschlag fällt mir nicht leicht. Die Erhöhung ist aber notwendig, damit der Kreis im nächsten Jahr seine Aufgaben und die gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen kann.

## Gesamtfinanzhaushalt 2014

Der Gesamtfinanzhaushalt bildet im neuen Rechnungswesen sämtliche Einzahlungs- und Auszahlungsvorgänge ab. Für uns sind hier vor allem drei Zahlen von Bedeutung: die Höhe der Investitionen, die Tilgung von Darlehen und die geplante Kreditaufnahme.

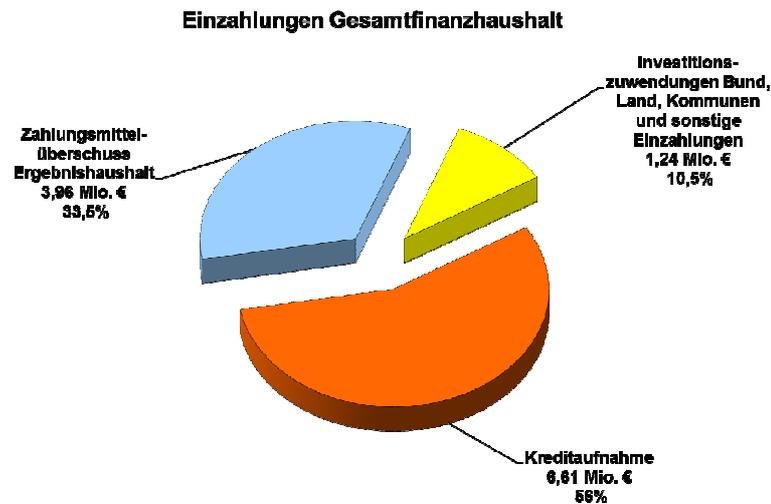
2015 sind Investitionen in Höhe von 9,1 Mio. € vorgesehen – damit ist fast der Höchststand von 2010 erreicht.



Die Schwerpunkte liegen jedoch nicht im Ausbau der Infrastruktur oder des Bildungsstandorts Landkreis Calw. Die Hermann Hesse Bahn, für die wir im nächsten Jahr 2,5 Mio. € Planungskosten benötigen, wird in einen Zweckverband ausgegliedert. In den Straßenbau fließen 2,5 Mio. € und in die Schulen rund 1,8 Mio. €.

Schwerpunkt im Jahr 2015 ist der Bau von zwei Gemeinschaftsunterkünften für fast 4 Mio. €, anders ist der Flüchtlingszustrom für den Landkreis nicht mehr zu bewältigen.

## Einzahlungen Gesamtfinanzhaushalt 2014



Der Gesamtfinanzhaushalt hat folgende Einzahlungen:

- 3,9 Mio. € Zahlungsmittelüberschuss aus dem Gesamtergebnishaushalt
- 1,2 Mio. € Investitionszuweisungen und Verkaufserlöse
- 6,6 Mio. € Kreditaufnahmen – abzüglich der Tilgung ergibt sich eine Nettokreditaufnahme von 3,9 Mio. €. Die Kreditobergrenze wird dabei in voller Höhe ausgeschöpft. Dies zeigt, dass der Landkreis nicht über die notwendigen Eigenmittel verfügt, um Investitionen selbst zu finanzieren.

Ich komme nun zu den einzelnen Teilhaushalten und Themenfeldern, die uns im nächsten Jahr besonders beschäftigen werden:

Der mit Abstand größte Teilhaushalt ist der

### **Teilhaushalt 4 Jugend und Soziales**

Beim Sozialbudget geht's mir langsam wie Miss Sophie bei „Dinner for One“: The same Procedure as every year, James!

Bitte missverstehen Sie mich nicht: wir nehmen die jährlichen Steigerungsraten wirklich nicht auf die leichte Schulter – aber ein bisschen Galgenhumor ist schon dabei. Den brauchen wir auch - denn es ist wirklich ärgerlich: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialdezernat haben 2014 wieder einen guten Job gemacht. Wir werden die äußerst moderat geplanten Ansätze trotz negativer Rahmenbedingungen erreichen, im Einzelfall sogar unterschreiten.

Und: im Landesvergleich haben wir Boden gut gemacht. Wir belegen hinter zwei „Kragenkreisen“ Platz 3 und konnten den Abstand zum Kreis mit den Einwohnerbezogenen geringsten Aufwendungen halbieren. Pro Einwohner geben wir 50 € weniger aus als der Durchschnitt der Landkreise, was bezogen auf unsere 152.000 Einwohner einem Betrag von 7,6 Mio. € entspricht. Mit anderen Worten: würden wir so viel ausgeben wie durchschnittlich alle Landkreise, müsste die Kreisumlage um 4,5 Prozentpunkte höher liegen.

Trotz alledem planen wir für 2015 mit einem Anstieg des Zuschussbedarfs um 4,4 Mio. €.

Woran liegt dies? Es gibt aktuell drei Faktoren, auf die wir keinerlei Einfluss nehmen können und sich negativ in der 2015er Bilanz niederschlagen.

### **Faktor 1: die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern**

Die kürzlich vorgenommene Änderung der Drittstaatenregelung, wonach mehrere Staaten Südosteuropas zu sog. sicheren Ländern erklärt wurden, wird keine raschen Auswirkungen auf die Flüchtlingszahlen haben. Von dort kommen in erster Linie Folgeantragsteller, Asylbewerber also, die schon einmal bei uns waren und deren Antrag bereits vor Jahren abgelehnt wurde. Erschwerend kommt hinzu: für diese Personen gibt es keine Kostenerstattung.

Apropos Kostenerstattung. Die Pauschale die wir für die anderen Asylbewerber erhalten reicht bei weitem nicht aus um die Kosten zu decken. Knapp 13.000 € für 18 Monate – und damit ist aus Sicht des Landes alles abgegolten. Einschließlich sämtlicher Personalkosten in den Unterkünften und im Landratsamt. Und einschließlich der Krankenversorgung. Wir haben fünf Dialysepatienten, für die wir jährlich bis zu 40.000 € bezahlen – nur für Krankenversorgung. Trotzdem verweigert das Land eine Spitzabrechnung.

Das gilt auch für die Unterbringung: Das Land erhöht ab 2016 die bereitzustellende Wohnfläche und fordert eine Unterbringung in kleineren Einheiten. Dafür brauchen wir mehr Personal und außerdem sind größere Einheiten wirtschaftlicher zu führen als kleine. Trotzdem gibt es auch hier keine Spitzabrechnung.

Das alles kostet uns 3,4 Mio. € (Zuschussbedarf). Hinzu kommen die Investitionen weitere Gemeinschaftsunterkünfte in Höhe von knapp 4 Mio. €.

### **Faktor 2: Die Vergütungserhöhungen TVÖD**

Für die Tarife im öffentlichen Dienst wurde 2013 eine Steigerung um 5,6% in mehreren Stufen vereinbart. Die meisten Anbieter in der Sozial- und Jugendhilfe sind tarifgebunden und haben nach der Rechtsprechung Anspruch auf die entsprechende Anpassung ihrer Kostensätze. Dass sich diese Anpassungen unmittelbar auf unsere Kosten, insbesondere in der Eingliederungshilfe, der Hilfe zur Pflege und der Jugendhilfe auswirken, versteht sich von selbst.

Zusätzliche Kosten in diesen drei Leistungsbereichen: 1,2 Mio. €.

### **Faktor 3: Das Jobcenter**

Die Zeiten, in denen der Landkreis Calw zu den Kreisen mit der landesweit geringsten Arbeitslosenquote gehörte, sind vorbei. Zwar sinken auch bei uns die Arbeitslosenzahlen – aber eben nicht im SGB II. Hier steigt die Zahl der sogenannten Bedarfsgemeinschaften ungebremst. Und das trotz noch immer günstiger Wirtschaftslage.

Zusätzliche Kosten für den Landkreis: 1,1 Mio. €.

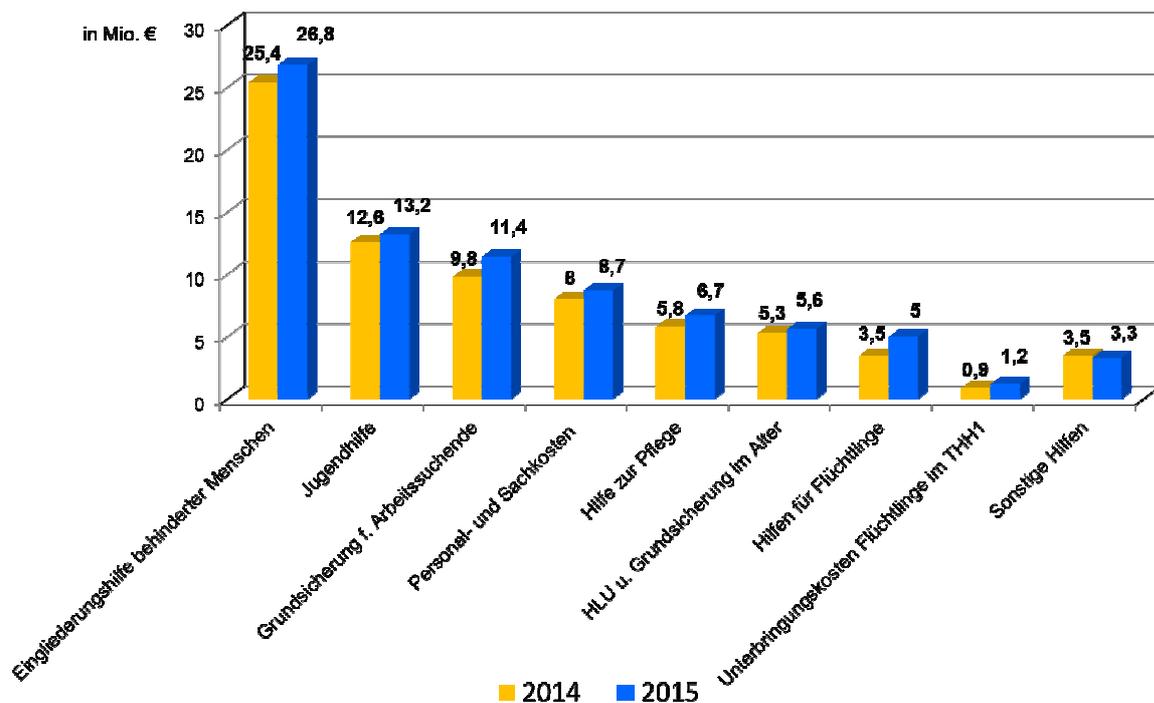
Und dieses Ergebnis ist geschönt, weil der Bund einen Teil der zugesagten Eingliederungshilfeentlastung über die Erhöhung seines Anteils an den Kosten der Unterkunft und Heizung abwickelt. Ohne diesen Zuschuss müsste der Kreis im Vergleich zum Vorjahr weitere 1,5 Mio. € aufbringen.

Haben Sie mitgerechnet?

Zusammen kosten uns allein diese drei Faktoren 4,7 Mio. € – und das on Top und ohne dass wir auch nur ansatzweise darauf Einfluss nehmen können.

Was heißt das nun für den Teilhaushalt Jugend und Soziales?

Die Aufwendungen steigen von 73 auf 80,6 Mio. € und der Zuschussbedarf des Landkreises von 55,2 auf 59,6 Mio. € Im Einzelnen sind dies:



Das Schaubild zeigt, dass größter Einzelposten mit weitem Abstand die Eingliederungshilfe ist. Es folgt die Jugendhilfe und die Grundsicherung für Arbeitssuchende (Jobcenter).

Erlauben Sie mir noch eine Anmerkung zu der in einem Nebensatz erwähnten Entlastung des Bundes im Rahmen der Eingliederungshilfe für Behinderte. Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD hatten im Koalitionsvertrag als „prioritäre Maßnahme“ vereinbart, die kommunale Ebene ab 2014 mit 5 Mrd. € in der Eingliederungshilfe zu entlasten. Die Eingliederungshilfe steigt seit Jahren mit einer ungebremsen Dynamik und macht bei uns inzwischen ein Drittel des gesamten Sozialhaushalts aus. Dies ist kein Calwer Phänomen, sondern eine bundesweite Entwicklung. Die Betreuung und Versorgung von Menschen mit Behinderungen wird deshalb nicht mehr allein der Daseinsvorsorge zugeordnet, für die die Kreise die Verantwortung tragen, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gesehen. Wir begrüßen diesen Meinungswandel ausdrücklich – hätten uns aber gewünscht, dass den Worten im Koalitionsvertrag auch Taten folgen.

Was ist davon übrig geblieben?

Eine Entlastung für 2014 hat es nicht gegeben! Für 2015 -2017 beträgt die Entlastung jährlich nur 1 Mrd. €. Die wirkliche Entlastung soll erst in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden. Von besagter Milliarde erhalten wir über die SGB II Bundesbeteiligung 350.000 € und die Kommunen über den Umsatzsteueranteil 550.000 €. Auf die erheben wir natürlich

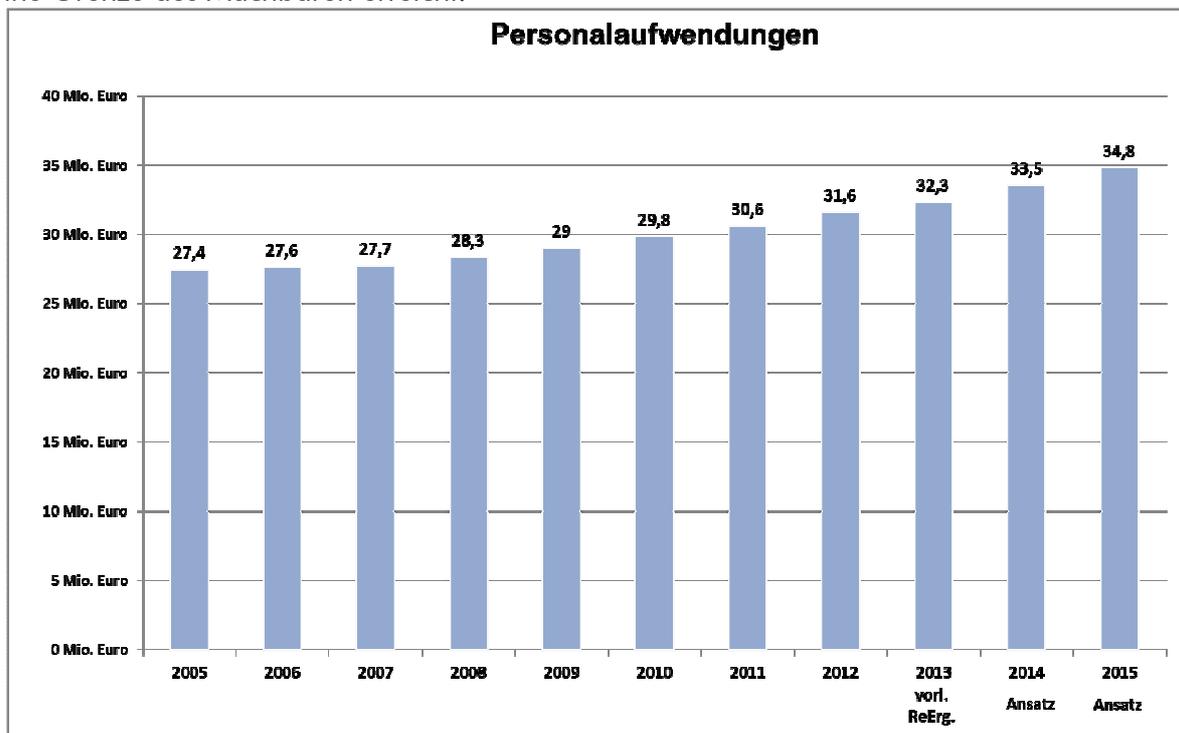
Anspruch – schließlich betreuen und versorgen wir die behinderten Menschen im Kreis und nicht die Städte und Gemeinden.

Von einer spürbaren Entlastung kann übrigens keine Rede sein – die Eingliederungshilfe wächst bei uns jährlich durch Fallzahlenanstiege und Vergütungserhöhungen um ca. 1,3 Mio. €.

## Personal und Stellenplan 2015

Der bedeutendste Posten im Teilhaushalt 1, Steuerung und Service ist der Personaletat mit 34,9 Mio. € für die 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – verteilt auf rd. 600 Stellen. Damit ist das Landratsamt Calw weiterhin einer der größten Arbeitgeber im Landkreis Calw.

Unsere MitarbeiterInnen des Landkreises leisten sehr gute Arbeit. Gute Arbeit muss auch leistungsgerecht bezahlt werden. Aussetzen von Beförderungen und Wiederbesetzungssperren schonen zwar das Personalbudget, aus meiner Sicht aber nur auf den ersten Blick. Ich habe auch eine Verantwortung und eine Fürsorgepflicht gegenüber meinen Mitarbeitern. Das Personalbudget um 200.000 € zu kürzen, ist mir deshalb schwer gefallen. Damit ist aber auch eine Grenze des Machbaren erreicht.

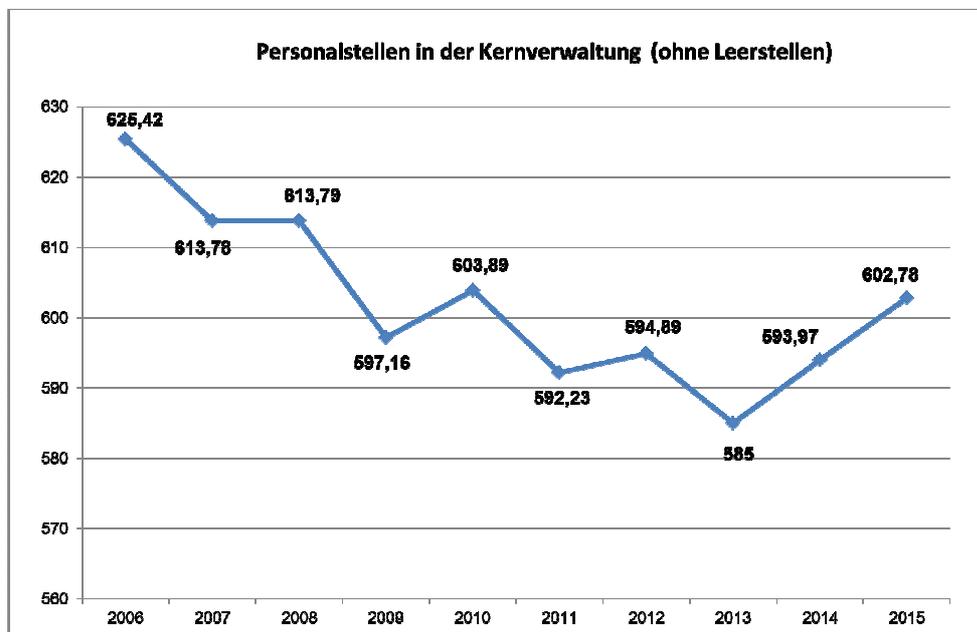


Die MitarbeiterInnen des Landkreises sind mit ihrem Engagement der Garant für eine bürger-nahe und effiziente Dienstleistungsverwaltung. Sie tragen mit ihrem Wissen und mit ihren Fähigkeiten zur Wertschöpfung bei. In diesem Sinne sehe ich unsere Mitarbeiter nicht als Kostenfaktor, sondern als Nutzenstifter für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis.

Gegenüber 2014 werden im Saldo rd. neun Stellen neu geschaffen. Die größten Veränderungen ergeben sich dabei in der Flüchtlings- und Asylbewerberbetreuung. Der anhaltend hohe Zuzug von Asylbewerbern kann nur durch zusätzliches qualifiziertes Personal bewältigt werden. Wir benötigen dafür dringend mehr Mitarbeiter in der Sozialbetreuung, bei der Unterbringung, im Ausländerwesen und bei der Leistungsgewährung.

Auch in der Zulassungsstelle müssen wir zur Verkürzung der oftmals langen Wartezeiten vorübergehend mehr Personal einsetzen (+ 2,5 Stellen im Stellenplan vorgesehen).

Dies führt zur Erhöhung der Gesamtstellenzahl in der Verwaltung um 8,81 auf 602,78 Stellen.



Der Personaletat steigt von 33,5 Mio. € auf 34,9 Mio. €.

Neben dem zusätzlich erforderlichen Personal sind dafür eine Vielzahl weiterer Faktoren wie Tarif- und Besoldungssteigerungen, Stufensteigerungen, Beförderungen, Höhergruppierungen und Steigerungen bei den Umlagen für Versorgungsempfänger verantwortlich. Bei der Besoldung der Beamten muss zudem mit einer Erhöhung um 2 % gerechnet werden, bei den Beschäftigten wurde zum 01.03.2015 eine Erhöhung um 2,4 % vereinbart.

Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass den Personalkosten **direkte und indirekte Erstattungen** gegenüberstehen. Vor allem für die übernommenen Landesaufgaben, für Waldarbeiter, Straßenwärter und die Mitarbeiter im Jobcenter. Diese Erstattungen belaufen sich auf rd. 17,4 Mio. €. Das sind fast 50 % der Gesamtpersonalkosten.

Die Personalaufwendungen für originäre Kreisaufgaben betragen daher noch rd. 17,4 Mio. €.

Welche Auswirkungen das vom Bundeskartellamt eingeleitete Verfahren zur gebündelten Holzvermarktung auf die Landkreisverwaltung, insbesondere den Forst hat, ist derzeit noch nicht absehbar. Durch die geforderte strukturelle Trennung der Nadelstammholzvermarktung zwischen dem Staatswald sowie dem größeren Kommunal- und Privatwald werden wir in den nächsten Jahren unsere bewährte Forststruktur umbauen müssen.

## **Teilhaushalt 3 Bildung und Schulen**

Nachdem wir im September 2013 das Richtfest für die Erweiterung des Kreisberufsschulzentrums Nagold gefeiert haben, sind die Erweiterungsflächen mit Schuljahresbeginn 2014/2015 in Betrieb gegangen. Ende September 2014 fand das Einweihungsfest statt.

Zeitgleich wurden nach den Sommerferien 2014 die Umbauarbeiten für die Neuordnung des Werkstattbereichs der Rolf-Benz-Schule im Kreisberufsschulzentrum Nagold begonnen. Hier investieren wir rd. 1,2 Mio. €.

Im Kreisberufsschulzentrum Calw sollen im Jahr 2015 die dortigen Chemieräume umgebaut, die Flurbeleuchtung auf LED umgestellt und Instandhaltungsarbeiten größeren Umfangs durchgeführt werden. Der Gesamtumfang dieser drei genannten Investitionen wird sich in 2015 voraussichtlich auf ca. 400.000 € belaufen. Parallel dazu belaufen sich alleine die geplanten Investitionen für die Beschaffung von Maschinen, Geräten und Einrichtungen im Bereich der Gewerblichen Schulen auf ca. 680.000 €.

Insbesondere bei den Beschaffungen für Maschinen, betreibt der Landkreis auch indirekt Wirtschaftsförderung, da sich bei kleineren Ausbildungsbetrieben, Investitionen in Maschinen in entsprechender Größenordnung nicht realisieren lassen. Auch durch diese Investitionen wird die Bedeutung der dualen Ausbildung in unserem Landkreis weiterhin unterstrichen.

Trotz zurückgehender Schülerzahlen bringt die Einrichtung neuer Bildungsgänge wie z.B. das Profil Umwelttechnik am Technischen Gymnasium oder das Technische Berufskolleg I an der Rolf-Benz-Schule Nagold finanzielle Mehraufwendungen mit sich.

Der Landkreis Calw als Schulträger im ländlichen Raum unternimmt auch weiterhin verstärkt Anstrengungen, um eine wohnortnahe Beschulung in den verschiedensten Berufsfeldern so lange wie möglich anbieten zu können. Allerdings stoßen auch wir im Rahmen der Regionalen Schulentwicklung in Einzelfällen auch an Grenzen, die voraussichtlich auch zukünftig weiterhin Kooperationen zwischen den einzelnen Schulen der beiden Kreisberufsschulzentren erforderlich machen.

Auch die Einführung des neuen Bildungsgangs „Zusatzqualifikation-/Fachhochschulreife an Berufsschulen (BSFHR), der zum Schuljahr 2014/2015 in Kooperation zwischen der Kaufmännischen Nagold und Rolf-Benz-Schule Nagold eingerichtet wurde, soll die Attraktivität der dualen Ausbildung stärken und für junge Menschen den Anreiz schaffen, begleitend zu einer Ausbildung eine weitere schulische Qualifikation zu erwerben.

## **Teilhaushalt 5 Kreis-, Landes- und Bundesstraßen**

### **Kreisstraßen**

Von Jahr zu Jahr versucht der Landkreis notwendige Straßenbauprojekte durchzuführen. Ohne die Förderung durch das Land ist es für unseren Landkreis Calw jedoch nicht möglich, Straßenbauprojekte durchzuführen. Gerade im kommunalen Straßenbau wurde in den vergangenen Jahren viel erreicht.

Auf Grund der Absenkung der Förderquote auf 50% werden derzeit kaum neue Straßenbauprojekte in das Förderprogramm nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) aufgenommen. Die baldige Entscheidung über ein Nachfolgeprogramm für das zum 31.12.2019 auslaufende Förderprogramm ist unausweichlich.

Im April 2014 wurde der Ausbau der K 4334 zwischen Ettmannsweiler und Heselbronn begonnen. Dies war die einzige noch nicht begonnene Ausbaumaßnahme, für die dem Landkreis eine Zuschussbewilligung nach LGVFG vorlag.



Die für die Jahre 2015 ff in Vorbereitung befindlichen Ausbaumaßnahmen sind:

- K 4366, Ausbau der Ortsdurchfahrt Aichelberg
- K 4300, Ausbau zwischen Gechingen und Sieben Tannen

Für beide Maßnahmen wurde die Aufnahme in das Förderprogramm nach LGVFG beantragt.

Im Jahr 2012 waren im Kreishaushalt erstmals 1,8 Mio. € für Erhaltungsmaßnahmen auf Kreisstraßen zur Verfügung gestellt worden. Zu meinem Bedauern konnte der Betrag in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 nicht auf diesem Niveau gehalten werden, sondern wurde auf 1,7 bzw. 1,6 Mio. € gesenkt. Trotzdem haben wir bereits vieles in den letzten Jahren erreicht. Für das kommende Jahr sind 1,6 Mio. € eingeplant.

Zu den Erhaltungsmaßnahmen zählen nicht nur die Belagsmaßnahmen, auch Sanierungsarbeiten an den Bauwerken der Kreisstraßen sind erforderlich.

Der Zustand der Kreisstraßen hat sich merklich verbessert. Um den Substanzverzehr nachhaltig verhindern zu können, sollte der weitere Einsatz an Erhaltungsmitteln mindestens genauso hoch bleiben.

Die im Jahr 2013 neu durchgeführte Zustandserfassung und -bewertung der Kreisstraßen wurde in ein Maßnahmenkonzept gegossen und am 30.09.2013 im Verwaltungsausschuss beschlossen.

Die überfälligen Streckenabschnitte im vordringlichen Sanierungsbedarf konnten 2014 um 8,1 km reduziert werden.

Aktuell sind noch rund 55,5 km im vordringlichen Bedarf, die nach heutiger Schätzung Haushaltsmittel von rund 7 Mio. € für die Sanierung dieser Strecken erfordern werden.

Die vordringlichsten Maßnahmen bzw. Streckenabschnitte der Liste können bei gleichbleibender Höhe des Erhaltungsaufwandes in den nächsten vier bis fünf Jahren saniert werden.

## **Landesstraßen**

Der Landkreis ist für den Betrieb und die Unterhaltung der Landesstraßen vom Land beauftragt. Für die laufende Unterhaltung der Landesstraßen durch den Straßenbetriebsdienst sind im Haushalt 2015 Aufwendungen von rund 3 Mio. € vorgesehen.

Der von der Landesregierung im Jahr 2012 veröffentlichte Entwurf des Maßnahmenplans zum Generalverkehrsplan soll ab 2015ff umgesetzt werden. Leider ist der Ausbau der L 353 in der Ortsdurchfahrt Unterschwandorf und zwischen Iselshausen und Unterschwandorf die einzige Ausbaumaßnahme im Landkreis Calw, die im Maßnahmenplan enthalten ist. Herr Verkehrsminister Hermann hatte sich im Februar persönlich vor Ort ein Bild vom miserablen Zustand der Straße gemacht. Mit dem Ausbau muss 2015 nun endlich begonnen werden.

Nachdem das Land in den letzten Jahren seiner Verpflichtung nicht nachgekommen ist, in die maroden Landesstraßen zu investieren, ist es äußerst erfreulich, dass das Land 2014 verstärkt in die Erhaltung der Landesstraßen investiert. So konnten auch einige Maßnahmen im Landkreis Calw realisiert werden. U.a. wurden die im Jahr 2013 begonnene Sanierung der L 348 „Bulacher Steige“ fortgesetzt sowie die L 343 zwischen Bad Liebenzell und Unterhaugstett saniert. Insbesondere in den Sommermonaten war hier eine rege Bautätigkeit zu verzeichnen.

Dennoch besteht weiterhin ein großer Nachholbedarf in der Erhaltung der Landesstraßen. Die Investition in die Erhaltung der Landesstraßen sollte daher in den nächsten Jahren konsequent weiterverfolgt werden. Die lang erwartete Sanierung der L 340 von Dobel nach Bad Herrenalb ist vom RP für 2015 bereits vorgesehen.

## **Bundesstraßen**

Wie beim Land ist der Landkreis auch für die laufende Unterhaltung der Bundesstraßen beauftragt. Das Budget für die Unterhaltung der Bundesstraßen durch den Straßenbetriebsdienst beträgt im Jahr 2015 rund 2 Mio. €.

Der Zustand der Bundesstraßen im Landkreis Calw ist gut. Dennoch stehen einige Sanierungsmaßnahmen im Landkreis in den kommenden Jahren aus. U.a. die Sanierung der B 463 bei Gündringen muss dringend angegangen werden.

Auch nach der persönlichen Übergabe der Resolution zur Erhaltung der B 28 sowohl an die Regierungspräsidentin als auch an den Verkehrsminister ist die drohende Abstufung der B 28 noch nicht vom Tisch. Im Oberen Nagoldtal sind wir jedoch auf eine leistungsfähige Straßeninfrastruktur dringend angewiesen. Dazu brauchen wir die B 28 weiterhin als Bundesstraße. Daher muss die Forderung nach Erhalt der B 28 als Bundesstraße gegenüber Bund und Land immer wieder erneuert werden.

Erfreulicherweise hat das Land den Calwer Tunnel für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2015 an 1. Stelle unter den Tunnelmaßnahmen an Bundesstraßen priorisiert. Das Land sollte daher mit Nachdruck die Planung betreiben, um eine baldige Realisierung des für die Entlastung der Innenstadt von Calw so wichtigen Projektes zu ermöglichen.

Weitere Planungen zum Ausbau der Bundesstraßen im Landkreis sind notwendig. Beispiel ist hier ein 3-streifiger Ausbau der Bundesstraßen. Er verbessert nicht nur den Verkehrsfluss, sondern bietet vor allem auch eine Erhöhung der Verkehrssicherheit. Zum Beispiel im Nagoldtal auf der B 463 von Calw nach Wildberg oder von Wildberg nach Nagold.

## **Straßenentwicklungsplan**

Eines der wesentlichen Handlungsfelder im Rahmen des Zukunftsprozesses des Landkreises Calw ist mit Sicherheit die mittel- bis langfristige Sicherung eines funktionsgerechten und leistungsfähigen Straßennetzes.

Sie wissen aus den vergangenen Jahren, dass wir dabei unsere Verantwortung für unsere Kreisstraßen sehr ernst nehmen, indem wir viel Geld in die Erhaltung und den Ausbau unserer Kreisstraßen investieren.

Wir dürfen dabei aber nicht halt machen. Wir widmen uns dem Thema Straßeninfrastruktur im Landkreis Calw auch in übergeordneter strategischer Hinsicht.

Zu diesem Zweck arbeiten wir seit Sommer 2013 gemeinsam mit Experten der Hochschule Karlsruhe an der Erstellung eines Straßenentwicklungsplans für den Landkreis Calw.

In diesem Plan soll die Frage beantwortet werden, welches Straßenverkehrsnetz in welchem Ausbauzustand für den Landkreis Calw notwendig ist, um der Wohnbevölkerung, der Wirtschaft und dem Tourismus entscheidende Impulse zu geben. Ziel ist es dabei, die bestehende Straßenverkehrsinfrastruktur unter Berücksichtigung der zu erwartenden Entwicklungen zukunftsfähig und ressourcenschonend zu verbessern.

Wir wollen in Zeiten knapper Kassen weg kommen von punktuellen Baumaßnahmen an Kreisstraßen, um lediglich die größten Löcher zu stopfen. Wir wollen vielmehr das gesamte Straßennetz einschließlich der Landes- und Bundesstraßen in den Blick nehmen und uns überlegen, welche Maßnahmen uns aktuell den größten Nutzen bringen.

Meine Damen und Herren, im Entwurf des Berichts der Karlsruher Experten heißt es: „Der Landkreis Calw betritt damit planerisches Neuland. Ein vergleichbares strategisches Vorgehen zur Ausgestaltung des Straßennetzes anderer Landkreise ist bislang nicht bekannt.“

Sie merken also: auch insofern verlassen wir ausgetretene Pfade und gehen neue Wege, um den Landkreis voran zu bringen.

## **Mobilität und Öffentlicher Personennahverkehr**

Das Thema Mobilität ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen überhaupt. Insbesondere im ländlichen Raum stehen wir vor großen Herausforderungen – auch und gerade vor dem Hintergrund der demographischen und der Schulentwicklung.

Nachdem die Ergebnisse der Haushaltsbefragung und der Fahrgastzählungen und Fahrgastbefragungen vorliegen, arbeiten wir intensiv an einem ersten Entwurf für den neuen Nahverkehrsplan. Zusammen mit den Kommunen und Verkehrsträgern wollen wir ein zukunftsfähiges und bezahlbares Mobilitätskonzept für unseren Landkreis entwickeln. In einer Bürgerinformationsveranstaltung wollen wir die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen und wenn möglich einen Fahrgastbeirat etablieren, der uns aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans unterstützt.

Herzstück des ÖPNV im Landkreis Calw ist der Schülerverkehr mit rd. 80 bis 90% der Fahrgäste und einem Volumen von 5,6 Mio. €. Die zentralen Verkehrsachsen bilden die Nagold-

tal- und Enztalbahn und demnächst auch die Hermann Hesse Bahn von Calw nach Weil der Stadt und Renningen zum Verknüpfungspunkt mit der S60 und S6.

Das Projekt Hermann Hesse Bahn steht unter einem guten Stern. Die Förderzusage von Verkehrsminister Hermann im Mai und die Finanzierungsvereinbarung mit den Anrainerkommunen sind wichtige Meilensteine für die Realisierung. Heute steht die Beauftragung des Generalplaners auf der Tagesordnung. Wir setzen alles daran, im nächsten Jahr Baurecht zu haben und mit dem ersten Spatenstich in eine neue Welt der Mobilität im Landkreis Calw aufzubrechen.

Im Dezember wollen wir zusammen mit den Anrainerkommunen den Zweckverband Hermann Hesse Bahn gründen. Deshalb werden ab 2015 die weiteren Planungskosten, die spätere Investition für den Ausbau der Strecke sowie der Kauf der Züge dann im Wirtschaftsplan des Zweckverbands abgebildet.

### **Teilhaushalt 6 Land- und Forstwirtschaft, Verbraucherschutz (ordentliche Aufwendungen 9,2 Mio. €)**

Im Dezernat Land- und Forstwirtschaft, Verbraucherschutz mit 190 Mitarbeitern werden im Wesentlichen staatliche Aufgaben wahrgenommen. In der Abteilung Verbraucherschutz und Veterinärdienst wird ab dem nächsten Jahr ein weiterer Lebensmittelkontrolleur eingesetzt. Die Finanzierung erfolgt durch zusätzliche Mittel des Landes.

In der Abteilung Forst und Jagd ist das Waldschulheim Burg Hornberg bis ins übernächste Jahr ausgebucht. Durch Elternbeiträge und die Zuwendungen des Landes ist der Betrieb kostendeckend möglich. Bei der unteren Waffenbehörde wird durch zusätzliche Aufgabenübertragung das Personal befristet verstärkt. Die Finanzierung erfolgt über Einsparungen im Dezernat Land- und Forstwirtschaft, Verbraucherschutz.

Die Abteilung Waldwirtschaft plant für 2015 einen Holzeinschlag und –verkauf von rund 300.000 Festmetern in allen Waldbesitzarten. Der prognostizierte Umsatz von 20 Mio. € ist nicht im Kreishaushalt 2015 abgebildet, da hiervon hauptsächlich das Land, die Kommunen und die Privatwaldbesitzer profitieren. Die bewährte vertragliche Betreuung aller Waldbesitzer ist durch das laufende Kartellrechtsverfahren gegen den Landesbetrieb ForstBW ab 2017 in Frage gestellt.

In der Abteilung Landwirtschaft und Naturschutz (28 Mitarbeiter) werden insbesondere Förderanträge für landwirtschaftliche Betriebe in Höhe von knapp 7 Mio. € bearbeitet. Ein Schwerpunkt der Beratung landwirtschaftlicher Betriebe liegt im Themenbereich von Einkommensalternativen (Regionalvermarktung, Ferien auf dem Bauernhof).

### **Teilhaushalt 7 Umwelt und Ordnung**

#### **Energiewende**

Die Energiewende ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Es sind hier zwei Handlungsfelder anzusprechen. Die Erzeugung erneuerbarer Energien und das Thema Energieeffizienz.

Anfang dieses Jahres wurde die Energieeffizienzregion Nordschwarzwald gegründet. Zu diesem Thema kann der Landkreis über unsere Energieagentur eine Menge Unterstützung bieten.

Ich möchte drei Beispiele anführen:

- Wir beraten private Hausbesitzer zu allen Fragen um Wärmedämmung, Heizung bis hin zur Förderung. Der Energieverbrauch eines Einfamilienhauses aus den 70er Jahren lässt sich mit überschaubaren Maßnahmen bei richtiger Durchführung um 40 – 50 % senken.
- Wir informieren die Öffentlichkeit- wie gestern (19.10.2014) in unserer großen Energiemesse in Ebhausen, die auf großes Interesse gestoßen ist. Der Schlüssel zur Energiewende – davon bin ich fest überzeugt - liegt darin, weniger Energie zu verbrauchen.
- Wir führen mit Partnern zusammen in Schulen „stand by“ - Projekte durch, in welchen wir Kinder zu einem bewussteren Umgang mit Energie erziehen wollen und wir bilden gemeinsam mit der Caritas Stromsparerhelfer aus. Dies sind Langzeitarbeitslose, die vom Jobcenter speziell für diese Weiterbildung ausgesucht werden.

## **Brand- und Katastrophenschutz**

Im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes (6 Mitarbeiter) gilt es, die aktuellen globalen Entwicklungen wie auch die besonderen Erfordernisse in unserem Landkreis nicht aus den Augen zu verlieren.

Die Versorgung der Bevölkerung in Krisensituationen, das Funktionieren der Stäbe bei Katastrophen und Unwetterlagen sind Aufgaben, denen wir uns nicht nur aus gesetzlichen Gründen widmen, sondern weil wir uns den Bürgerinnen und Bürgern zu Recht verpflichtet fühlen.

Sowohl im kommenden Jahr 2015, besonders aber ab 2016 werden die Investitionen des Landkreises in die Infrastruktur der Überlandbrandhilfe, in Fahrzeug- und Gerätetechnik des Bevölkerungsschutzes und deren Unterhaltung auch den Landkreis in die Pflicht nehmen.

Würde man nur ein einziges Feuerwehrfahrzeug mit 5 Mann Besatzung rund um die Uhr hauptamtlich betreiben müssen, wären dafür Personalkosten von rund 1,2 Mio. € jährlich zu veranschlagen. Daran zeigt sich mehr als deutlich, welche enorme Wertschöpfung uns das Ehrenamt, egal aus welcher Fachrichtung, jährlich schenkt.

## **Zulassung und Straßenverkehr (34 Mitarbeiter, 1,9 Mio. €)**

Im Führerscheinbereich ist ein leichtes Ansteigen der Antragszahlen ersichtlich. Dies hängt v.a. damit zusammen, dass immer häufiger das Begleitete Fahren mit 17 in Anspruch genommen wird. Diese Regelung hat sich gerade bei uns im ländlichen Raum sehr bewehrt. Auch darüber hinaus gibt es vermehrte Anträge, den Führerschein schon vor Erreichen der Altersgrenzen nutzen zu können, um den Ausbildungsort zu erreichen. Immer häufiger wird angegeben, dass dies mit dem öffentlichen Personennahverkehr nur schwer zu ermöglichen ist. Insofern müssen wir noch stärker an dem Ausbau unseres Busnetzes und der Inbetriebnahme der S-Bahn arbeiten.

Die Zahl des Fahrzeugbestands im Landkreis ist leicht steigend. Dies hat aber auch zur Folge, dass wieder mehr Anordnungen wegen nicht verkehrssicherer Fahrzeuge erlassen werden müssen. Der Gesetzgeber hat für den 1. Januar 2015 nicht nur die Kennzeichenmitnahme bei einem Wechsel des Wohnortes geregelt, sondern auch die Möglichkeit der Online-

Außerbetriebsetzung. Diese Änderungen stellen uns vor Herausforderungen, unser bestehendes Online-Angebot noch umfassender ausgestalten werden.

Im Jahr 2015 wird es im Landkreis erfreulicher Weise wieder große Baumaßnahmen zur weiteren Verbesserung der Infrastruktur ergeben. Dies kann in Einzelfällen auch zu Sperrungen von wichtigen Verkehrsachsen- und Knotenpunkten führen. Wir sind jedoch in stetiger Absprache mit den Straßenbauabteilungen im LRA und im RP, um die Belastungen für die Bürger so gering wie möglich zu halten.

Die Verbesserung der Verkehrssicherheit ist auch 2015 unser Ziel. In den regelmäßigen Verkehrsschauen in den Gemeinden sollen Unfallschwerpunkte beseitigt werden.

### **Kreiskliniken Calw und Nagold**

Wie eingangs schon erwähnt, sind wir in diesem Jahr bei der Umsetzung des Szenarios 3 plus einen großen Schritt weitergekommen. Auch die Idee des „Gesundheitscampus Calw“ mit der Ergänzung unseres Akutkrankenhauses durch eine Rehabilitationsklinik und weiteren Gesundheitseinrichtungen wird den Landkreis Calw deutlich stärken – und übrigens auch den Klinikverbund Südwest. Der Gesundheitscampus Calw mit einem interdisziplinären Zentrum für Altersmedizin wird das Medizinkonzept des Klinikverbunds in hervorragender Weise ergänzen und den Krankenhausstandort Landkreis Calw für die Zukunft gut positionieren.

Die Kreiskliniken Calw und Nagold sind medizinisch gut aufgestellt. Die Chefarztbesetzung für die Allgemein- und Viszeralchirurgie in Nagold wird so schnell wie möglich erfolgen. Gleichwohl sind die betriebswirtschaftlichen Zahlen alles andere als erfreulich. Wir haben im Haushalt einen Verlustausgleich von 4,6 Mio. € eingeplant.

Nach Mitteilung der Geschäftsführung werden wir in den kommenden Jahren weiter mit jährlich 5 Mio. € Verlust rechnen müssen. Hier wird dringend Handlungsbedarf seitens der Geschäftsführung eingefordert.

Im November 2014 findet vor dem Oberlandesgericht Stuttgart die mündliche Verhandlung im Prozess des Bundesverbandes Deutscher Privatkliniken (BDPK) gegen den Landkreis Calw wegen unlauteren Wettbewerbs statt. Zwischenzeitlich wurden von den Anwaltskanzleien mehrere Schriftsätze ausgetauscht. Wir können gespannt sein, zu welchem Ergebnis das Oberlandesgericht Stuttgart in dieser Streitsache kommen wird.

### **Abfallwirtschaft**

Nun einige Worte zu unseren Abfallwirtschaftsbetrieben. Wesentliche Indikatoren des laufenden Jahres 2014, sowohl die gesetzlichen Rahmenbedingungen als auch die wirtschaftliche Lage unserer Unternehmen, sind als stabil zu bezeichnen. Somit können die Abfallgebühren im Landkreis Calw 2015 erneut unverändert bleiben, dies dann bereits im zehnten Jahr in Folge.

Doch nicht nur die ökonomischen Ergebnisse überzeugen, bemerkenswert ist ebenfalls, dass wir einmal mehr einen hervorragenden Platz in der Abfallbilanz Baden Württembergs einnehmen.

Diese weist in ihrer jüngsten Ausgabe 2013 aus, dass wir in verschiedenen Bereichen, wie beispielsweise der Restabfallvermeidung und Wertstofffassung, mit an der Spitze im Landesvergleich stehen. Ausdrücklich möchte ich hier den Beitrag der Bürgerinnen und Bürger durch die hervorragende Trennung der Abfälle hervorheben. Für die damit verbundene hohe Wertstofffassung im Landkreis, die einen wesentlichen Beitrag zur Gebührenstabilität leistet, möchte ich mich herzlich bedanken.

Der bisherige Geschäftsführer der drei Abfallwirtschaftsgesellschaften ist zum 15. Oktober 2014 aus privaten Gründen ausgeschieden. Die Stelle ist ausgeschrieben. Interimsweise führt der Kreiskämmerer, Herr Albrecht Reusch, die Geschäfte bis ein Nachfolger kommen wird.

## Mittelfristige Finanzplanung und Investitionsprogramm

Noch selten war es so schwierig, eine mittelfristige Finanzplanung zu erstellen.

Wie wird sich die Steuerkraftsumme der Gemeinden entwickeln?

Wie geht es weiter bei der Sozial- und Jugendhilfe?

Wie entwickeln sich die Arbeitslosenzahlen im Kreis Calw?

Welche Kreisumlage ist notwendig zur Aufgabenerfüllung?

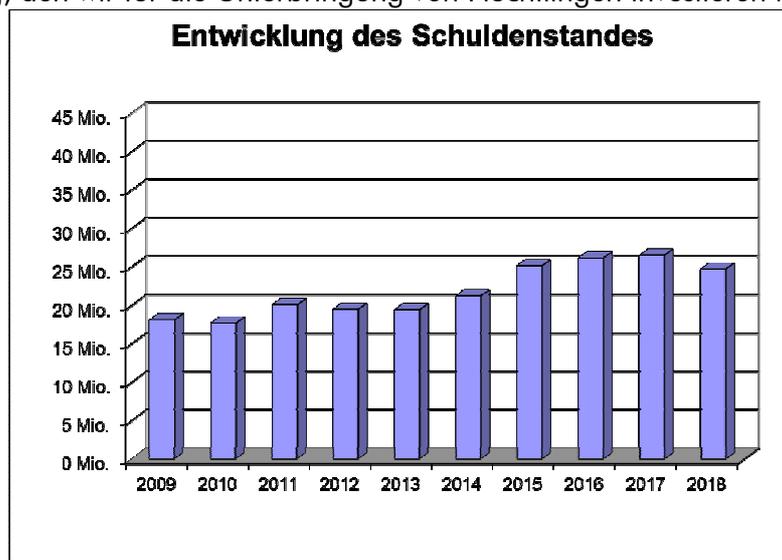
Steigen die Flüchtlingszahlen und die damit verbundenen Kosten weiter?

Wie ist die Entwicklung unserer Krankenhäuser?

Das sind alles die wichtigsten Kennzahlen für unsere Finanzplanung. Wir haben deshalb vorsichtig gerechnet.

Die Investitionsschwerpunkte sind nicht die Kreisstraßen, die Schulen und der Brandschutz mit Fahrzeugbeschaffungen, sondern der Bau weiterer Gemeinschaftsunterkünfte, wenn es nicht bald zu einer Änderung der prekären Lage im Nahen Osten kommt.

Aufgrund der äußerst geringen Nettoinvestitionsrate – also der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts abzüglich der Tilgung von Krediten – ist es unvermeidlich Investitionen durch Kredite zu finanzieren. Im nächsten Jahr beträgt die Nettoneuverschuldung 3,9 Mio. € - exakt der Betrag, den wir für die Unterbringung von Flüchtlingen investieren müssen.



Der Schuldenstand wird 2015 um 5,6 Mio. € auf 25,1 Mio. € steigen. Das ist im Grundsatz keine gute Entwicklung.

Sie kann nur vermieden werden, wenn der Kreis mehr Eigenmittel aufbringen würde. Da auf der Ausgabenseite kein Spielraum mehr ist, bleibt nur eine Stärkung der Ertragskraft durch die Kreisumlage. Damit würden die Städte und Gemeinden zusätzlich belastet, was ich nicht befürworten kann. Gerade in einer Tiefstzinsphase ist die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen durch Kredite gerechtfertigt.

Bei einem aktuellen Zinssatz für Kommunaldarlehen mit einer Zinsfestschreibung von 20 Jahren von 2,1% ist es richtig und sinnvoll, dass der Kreis Calw jetzt in die Zukunft investiert. Mit der Umsetzung des Szenarios 3 plus – Zielplanung Kliniken Nagold mit rd. 33 Mio. € und Neubau in Calw mit dem Gesundheitscampus mit rd. 30 Mio. € - sichern wir eine moderne und bezahlbare ambulante und stationäre Versorgung der Menschen in unserem Kreis für viele Jahre.

Auch die Hermann Hesse Bahn wird einen deutlichen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unseres Kreises leisten. Unser Kreis als Wohn-, Wirtschafts-, Arbeits- und Tourismusstandort hat so die große Chance, am Rande der Metropolregion Stuttgart sich weiter positiv zu entwickeln. Gerade für die jungen Menschen sind diese Investitionen eminent wichtig.

## Fazit und Ausblick

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kreisräte, der Haushalt 2015 ist praktisch vollständig gekennzeichnet von Vorgängen, die dem Landkreis von außen aufgetragen sind:

- Die Leistungen im Sozial- und Jugendhilfebereich
- Die Zahlungen für die Grundsicherung an den Jobcenter
- Die Leistungen und Investitionen für die Unterbringung von Flüchtlingen

Das sind alles Aufgaben, bei denen der Kreis rechtlich verpflichtet ist, sie zu erfüllen. Dabei haben wir auch keinerlei Einfluss- oder Steuerungsmöglichkeiten.

Auch und gerade deshalb ist es wichtig und richtig, dass der Landkreis in ganz bescheidenem Ausmaß im kulturellen Bereich Akzente setzt. Die Förderung der Musikschulen ist für die jungen Menschen von großer Bedeutung. Die Förderung des Rossini-Festivals in Bad Wildbad ist ein wichtiger Markstein für das Profil und die Identität des Landkreises und strahlt weit über die Landkreisgrenzen hinaus.

Der italienische Dichter Alighieri sagte schon im Mittelalter: „Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie an und handelt.“

In diesem Sinne sollten **wir** alle gemeinsam **unsere** Projekte anpacken. Denn wer getrennt geht wird gemeinsam scheitern. Städte, Gemeinden und Landkreis müssen gemeinsam an der Zukunft arbeiten und sie tatkräftig vorantreiben damit der Landkreis Calw auch weiterhin eine gute Zukunft hat.

Vielen Dank.